

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **H. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

Soziale Kriegserrungenschaften und Forderungen	633
Wirtschaftliche Rundschau	635
Arbeiterbewegung. Gewerkschaftseingaben an den Reichstag. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Die Schweizerische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1913	636

Aus Unternehmerkreisen. Unternehmer und Handlungsgehilfen während der Kriegszeit. — Eigenartige Kriegsfürsorge der Tapetenfabrikanten	639
Mitteilungen. Zur Nichtigstellung. — Für die Verbands-Expeditionen	640

Soziale Kriegserrungenschaften und Forderungen.

Die Einberufung des Deutschen Reichstages zwecks Sicherung der weiteren Kriegskredite muß uns Anlaß bieten zur Rückschau auf das während der seitherigen Kriegsdauer Geleistete und zur Ausschau auf das, was noch erreicht werden muß. Die Grundlage aller bisherigen Errungenschaften war und ist die große Einmütigkeit, die das gesamte deutsche Volk befeelt, die seine Widerstandskraft gegen eine Welt von äußeren Feinden verzehnfacht und die ihm auch über alle Schwierigkeiten des inneren nationalen und wirtschaftlichen Lebens hinweghilft. Seit der denkwürdigen Reichstagsitzung vom 4. August d. J. ist die Zahl der Feinde Deutschlands erheblich gewachsen. Zu Rußland und Frankreich sind Belgien, England mit seinen Kolonien und Japan hinzugekommen. Sie haben es zwar vermocht, einige deutsche Kolonien zu besetzen und einige hundert Schiffe hinwegzunehmen, aber der Boden des Reiches ist bis auf vorübergehende Einfälle in Ostpreußen und im Elsaß frei vom Feinde gehalten worden. Unsere Heere stehen auf feindlichem Boden und kämpfen dort für die Entscheidung der Waffen. Ueber den Ausgang des gewaltigen Ringens heute schon zu urteilen, wäre verfrüht, aber sicherlich trägt jeder Deutsche in sich das ungeteilte Gefühl des Vertrauens zur deutschen Wehrkraft und den Willen zum endlichen Siege.

Auch im bürgerlichen Leben des Volkes hat sich in den vier Monaten seit dem Kriegsausbruch vieles geklärt. Gewiß sind noch lange nicht alle Probleme, die der Weltkrieg mit seinem Folgen aufgeworfen hat, gelöst und wir sind recht weit entfernt von der Lage, zu behaupten: „Uns kann keiner!“ Aber mit größerem Vertrauen als zu Beginn des Krieges blicken wir heute in die wirtschaftliche Zukunft und der Wille zum Durchhalten befeelt uns alle ohne Ausnahme. Der Weltkrieg hat uns in mancherlei Schwierigkeiten gestürzt, aber die Einmütigkeit aller Volksteile hat uns die Kraft verliehen, sie zu überwinden.

Das wirtschaftliche Leben war beim Kriegsbeginn völlig aus seinen gewohnten Bahnen geschleudert, die Rohstoffzufuhr unterbunden, der Er-

port nahezu abgeschnitten, der Kredit erschüttert und ganze Produktionszweige stillgelegt. Arbeitslosigkeit und drohende Not gesellten sich zu den Schmerzen der Trennung von teuren Angehörigen und zu den Sorgen um die Zukunft des Vaterlandes. Heute sieht es schon um vieles besser aus. Die deutsche Volkswirtschaft hat sich der Kriegslage angepaßt, sie hat die ausbleibenden fremden Rohstoffe nach Möglichkeit durch einheimische und die Exportaufträge durch Kriegslieferungen und Liebesgabenaufträge ersetzt, hat die Verteilung der Rohstoffe und Aufträge durch „Kriegsgesellschaften“, „Centralen“ und „Zweckverbände“ geregelt und dadurch einen großen Teil der unheilvollen Folgen des Krieges abgewendet. Durch Vereinbarungen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden ist den Tarifverträgen auch während der Kriegsdauer volle Geltungskraft gewährt und sind die Entlassungen von Arbeitern eingeschränkt und durch Schichtfürzungen, Ueberstunden durch möglichste Neueinstellung von Arbeitern vermindert worden. Arbeitsgemeinschaften sind bemüht, Aufträge für die Industrie und Arbeit für die Arbeitslosen heranzuschaffen. Reich, Staat und Gemeinden waren in anerkannter Weise nach Kräften bemüht, Arbeitsgelegenheit für Arbeitslose und Verdienstmöglichkeiten zu schaffen und das wirtschaftliche Leben durch Verkehrsvereinfachungen, Kreditförderung und öffentliche Aufträge zu heben. Die Arbeitslosenziffer, die von Januar bis Juli dieses Jahres zwischen 4,7 bis 2,5 Proz. geschwankt hatte und am Ende des ersten Kriegsmonats auf 22,4 Prozent (amtliche Statistik) hinaufgeschwollen war, hat sich allmählich wieder ruhigeren Bahnen genähert, indem sie Ende September nur noch 16,0 Proz. und Ende Oktober 10,9 Proz. aufwies. Und die allerschlimmste Not ist durch das Eingreifen der Gewerkschaften, die einen großen Teil ihrer verfügbaren Vermögensbestände für Arbeitslosenunterstützung aufwandten, sowie durch die Mithilfe von Gemeinden und Versicherungsanstalten wenigstens in etwas gemildert werden. Die Gemeindegewalt haben auch die durch Reichsgesetz in etwas dürftigerem Ausmaße geregelten Unterstützungen der Familien der Kriegsteilnehmer durch Zuschüsse und Mietzinsbeihilfen erhöht und die letzteren teilweise auch den Arbeits- und Erwerbslosen gewährt.

kommen, um die tariflichen Bestimmungen nicht zu verletzen. Trotzdem haben diese zu ganz verschiedenen Auslegungen geführt, die zu Beschwerden vor dem Tarifamt Veranlassung gegeben haben. Um dem in Zukunft vorzubeugen und mehr Einheitlichkeit in diese Vereinbarungen zu bringen, wurden jetzt vom Tarifamt Richtlinien ausgearbeitet und den Prinzipals- und Gehilfenmitgliedern der Tarifgemeinschaft bekanntgegeben.

In diesem heißt es u. a.: „Im Einverständnis mit den Gehilfen können Ausschüssen um weitere 14 Tage, also auf 4 Wochen, verlängert werden. Wird die Verlängerung unterlassen, tritt nach vierzehntägiger Beschäftigung, von dem darauffolgenden Zahltag ab, die tarifliche Kündigung in Kraft. Der Ausschluß der Kündigungsfrist mit einem Teil oder dem gesamten Personal ist nur für die Dauer von höchstens 8 Wochen zulässig und muß dem Tarifamt zur Bestätigung vorgelegen haben. Läßt sich bis zu diesem Zeitpunkt die tarifliche Kündigungsfrist nicht einführen, so ist ein entsprechender begründeter Antrag auf Wiedergewährung dieser Ausnahme beim Tarifamt einzureichen. Unterbleibt solche Antragstellung, so tritt vom darauffolgenden Zahltag ab die tarifliche Kündigung in Kraft. Entschädigung für Ueberstunden bei verkürzter Arbeitszeit kann erst nach acht geleisteten Arbeitsstunden beansprucht werden. Aus Vereinbarungen, welche von dem Tarif abweichen und vor ihrem Inkrafttreten nicht dem Tarifamt zur Begutachtung bzw. Genehmigung vorgelegen haben, kann später kein klagbares Recht gefolgert werden.“

Privatversicherung.

Gewerkschaftskartelle habt acht!

Die Subdirektion der privaten Versicherungsgesellschaft „Friedrich Wilhelm“ in einzelnen Städten versenden ihre Propagandazirkulare zur Erwerbung von Anteilscheinen für die Kriegsvericherung auf Gegenseitigkeit auch an die Gewerkschaftskartelle, um diese zu Kollektivversicherungen zu veranlassen. Es wäre sehr erfreulich, wenn durch diese Mahnung die Kartelle auf die Wichtigkeit der Sache aufmerksam und sie veranlaßt würden, mit Nachdruck dafür zu arbeiten, daß Kartelle und noch mehr einzelne lokale gewerkschaftliche Organisationen für ihre im Felde befindlichen Kollegen bei der von den Gewerkschaften und Genossenschaften gegründeten Volksfürsorge-Kriegsversicherungskasse Anteilsscheine erwerben. Die Kartelle setzen die Gewerkschaften dadurch in die Lage, für die Familien der im Kriege fallenden Kollegen Unterstützungen in einer Höhe zu sichern, die sie aus eigenen Mitteln nicht leisten könnten. Den Dank dafür ernten die Organisationen, die bewiesen haben, daß sie mit dem Kollegen auch die Sorge für dessen Familie teilen.

Bis zum 24. November waren für 10 514 Personen 16 312 Anteilsscheine ausgegeben, wofür 81 550 Mark einbezahlt wurden.

Verzeichnis neuer Bücher u. Schriften.

Gewerkschaftliche Publikationen.

a) Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Die Abkürzungen bei Nacharbeiten. Petition an das Königl. Ministerium der öffentlichen Arbeiten in Berlin 1914. 63 S. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften, Berlin.

b) Deutsche Verbände. Banarbeit. Jahrbuch 1913. 413 S. Selbstverlag des Verbandes, Hamburg.

Bildhauer. Protokoll der Konferenz während des Kriegszustandes am 27. September 1914. 15 S. Selbstverlag des Verbandes, Berlin.

Fabrikarbeiter. Bericht des Vorstandes an den 12. Verbandstag in Stuttgart-Cannstatt. 156 S.

— Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Gummi- und Guttaperchawarenindustrie im Jahre 1913. 206 S. Verlag des Verbandes, Hannover.

Friseurgehilfen. Geschäftsbericht für die Jahre 1912 und 1913. 38 S. Verlag des Verbandes, Berlin.

Gastwirtschaftsgehilfen. Protokoll des 8. Verbandstages in Hamburg 1914. 135 S. Verlag des Verbandes, Berlin.

Gemeinde- und Staatsarbeiter. Filiale Groß-Berlin. Jahresbericht 1913/14. 151 S. Verlag der Ortsverwaltung, Berlin.

Holzarbeiter. Jahrbuch 1913. 368 S.

— Protokoll des 10. Verbandstages in Dresden 1914. 304 S.

— Verhandlungen der 2. Modellistikerkonferenz in Berlin 1914. 56 S.

— Die Arbeitsverhältnisse in der Stuhlindustrie. 44 S.

— Almanach für das Jahr 1915. 177 S.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin.

Maler. Der Kampf um einen neuen Reichstarifvertrag im Jahre 1913. 160 S. Verlag Otto Streine, Hamburg.

Metallarbeiter. Der Deutsche Metallarbeiterverband im Jahre 1913. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder. 364 und 199 S. Selbstverlag des Verbandes, Stuttgart.

Porzellanarbeiter. Kassenbericht für 1913. 34 S. Selbstverlag des Verbandes, Berlin-Charlottenburg.

Schneider. Bericht des Vorstandes an den 13. Verbandstag in Nürnberg. 309 S. Verlag: H. Stähler, Berlin.

Schuhmacher. Protokoll des 15. Verbandstages in Hamburg 1914. 343 S. Verlag des Verbandes, Nürnberg.

c) Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate.

Brandenburg. Jahrbuch 1913. 52 S.

Frankfurt a. M. Geschäftsbericht für 1913. (Mit Anhang: Das Hausarbeitsgesetz.) 107 S.

Solingen. Geschäftsbericht 1913. 36 S.

d) Internationales.

Metallarbeiter. Der VII. internationale Metallarbeiterkongress in Berlin 1913. (Deutsche Ausgabe.) 43 S. Stuttgart, Alex. Schilde.

Literatur über Gewerkschaften und Gewerkschaftsrecht.

H. Gramm. Einheitsliches Arbeitsrecht. Referat vom Parteitag der Demokrat. Vereinigung in Dortmund. 15 S. 15 Pf. Demotrat. Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin-Schöneberg.

Dr. E. Kraut. Das Streikpostenverbot. 89 S. 2,50 Mk. Dunder u. Humblot, München.

Dr. W. Zimmermann. Zwang und Freiheit im Organisationsleben. (Sonderabdruck aus den Verhandlungen des Evana. Soz. Kongresses 1913.) Bandenhoel u. Ruprecht, Göttingen.

Genossenschaftsliteratur.

Berlin. Geschäftsbericht 1913/14. 40 S.

Gera-Debschütz. Geschäftsbericht 1913/14. 56 S.

Partei-Literatur.

a) Deutschland.

Arbeiterbildungsschule Berlin. Jahresbericht 1913/14. 19 S.

Das Recht während des Krieges. 80 S. 30 Pf.

Deutsch-Französisch. Sprachbüchlein für Feldsoldaten. 22 S.

15 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

b) Ausland.

Oesterreich. H. Danneberg. Die Rekrutenschulen der internat. Sozialdemokratie. 144 S.

— Lichtstrahlen-Kalender für 1915. 44 S. 20 Pf.

— Taschen-Kalender 1915. 80 S. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung J. Brand u. Co., Wien.

Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter um die Segnungen der Krankenversicherung gebracht hat. Die Aufhebung der auf diese bezüglichen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung ist um so mehr zu beklagen, als der Krieg diese Kreise vielfach mit Erwerbslosigkeit bedroht hat, in deren Gefolge Krankheiten doppelt schwer empfunden werden. Es ist deshalb notwendig, diese Lücke nach Möglichkeit bald wieder zu schließen und die Gemeinden zur Wiedereinführung der Krankenversicherung der Heimarbeiter anzuhalten.

Die Gewerkschaften haben beim Kriegsausbruch durch Verständigung mit den Arbeitgeberverbänden die Zuficherung erreicht, daß die tariflich vereinbarten Löhne nicht herabgesetzt werden. Im allgemeinen wird das auch innegehalten, soweit der Tarifbereich und die Einflusssphäre der Gewerkschaften reicht. Aber außerhalb dieser Grenzen treibt der Lohnwucherer der Arbeitgeber die tollsten Blüten. Ganz besonders haben die Heimarbeiter für Kriegslieferungen und Liebesgabenbedarf, sowie die kaufmännischen und technischen Angestellten darunter zu leiden. Die Hungerpreiße sibt ihnen derart im Nacken, daß sie sich die unglaublichsten Lohnsätze und Gehaltsabzüge gefallen lassen und schließlich froh sind, überhaupt noch beschäftigt zu werden, obwohl ihre Arbeitskraft nicht weniger, sondern oft noch mehr als früher in Anspruch genommen wird. Einzelne Oberkommandos haben es an Ermahnungen und Anordnungen nicht fehlen lassen, die aber nicht allzuviel gefruchtet haben, denn es fehlt an Zwangsmitteln, um die Arbeitgeber zu sozialer Handlungsweise anzuhalten. Um so mehr erhebt sich aus diesen unhaltbaren Zuständen das Problem des Mindestlohnes und der Zwangsregelung, die zu vermeiden wären, wenn die Regierungsbehörden sich um das Zustandekommen von Vereinbarungen, die allen billigen Voraussetzungen entsprechen, bemühen würden.

Die Ausführung der Kriegslieferungen hat die schon aus früheren Kriegen wohlbekannte Erscheinung gezeitigt, daß die Wehrkraft unseres Volkes mit enormen Unternehmerrgewinnen belastet wird. Nun wird schließlich kein vernünftig denkender Mensch den Unternehmungstrieb bei der Armeeverföhrung heute gänzlich ausschalten wollen, zumal unsere Militärverwaltung zurzeit keinen hinreichenden Ersatz dafür aufzubringen vermöchte. Aber die Frage bleibt dennoch offen, ob es nicht ratsam und möglich wäre, einen Teil dieser Kriegsgewinne, zumal soweit er wirklich unverdient ist, der Gesamtheit des Volkes zurückzuführen. Die wirksamste Form dieser Zurückführung wäre sicherlich eine progressive Einkommensteuer. Aber wenn sich eine solche im Augenblicke als nicht durchführbar erweisen sollte, so dürfte man dennoch nicht auf den Gedanken einer Besteuerung dieses Kriegswuchers verzichten.

Durch Festsetzung der Höchstpreise für gewisse Lebensmittel haben der Bundesrat und die Kommandobehörden den rechten Weg beschritten, der zu einer gesunden Volkswohlfahrt führt. Aber wenn auch das Prinzip vollen Beifall verdient, so läßt die Ausführung um so mehr zu wünschen übrig. Die Preisfestsetzungen für Getreide und Hartoffeln sind nicht allein viel zu spät erfolgt, so daß in der Zwischenzeit die Preistreiberei sich ungehemmt ausleben konnte, sondern die Preise sind auch in einer Höhe festgesetzt worden, die weder in den Selbstkosten der Erzeuger noch in den Preisen vor dem Kriege eine Begründung

finden können und die ein gewaltiges Opfer des kriegsbedrängten Volkes an die Kreise der Produzenten und Händler darstellen. Dazu warten wir noch immer auf die Höchstpreise für Mehl, Hülsenfrüchte und Brot, sowie Fleisch und Fleischwaren. Auch die Preise für Eier, Butter, Milch und Kolonialwaren schnellen immer mehr in die Höhe und hilflos sieht sich das Volk den Mächten ausgeliefert, die ihm die Lebenshaltungskosten diktiert. Diesem Lebensmittelwucher muß durch energische Maßnahmen gesteuert werden und es fehlt dem Bundesrat keineswegs an sachgemäßen Vorschlägen der verschiedensten, mit der Volksernährung vertrauten Kreise, — es fehlt nur noch an der Energie des Zugreifens und des Durchgreifens und die wünschen wir ihm ernstlich, damit es endlich besser werde in dem, was unser Volk von Tag zu Tag in wachsendem Maße bedrückt.

Wir haben keine Ursache, zu verzweifeln und uns mit fatalistischer Ergebenheit das von unseren Feinden uns übergeworfene Netz zusammenziehen zu lassen. So stehen wir zum Glücke in Deutschland nicht, daß uns die Unterdrückungs- und Auswüchserpläne der feindlichen Mächte ernstlich bedrohen könnten. Aber wir haben auch gar keine Ursache, uns den von außen aufgezwungenen Kampf noch durch Kriegswucher der verschiedensten Art zu erschweren und die von ihrer Hände Arbeit lebenden Volksschichten durch Not und Entbehrungen mehr als vermeidbar in ihrer Widerstandskraft schwächen zu lassen. Deshalb muß die Wehrhaftigkeit des Volkes durch eine konsequente Sozialpolitik erhöht werden, die alle Auswüchse kapitalistischer Freibeuterei rücksichtslos beschneidet.

Wirtschaftliche Rundschau.

Deutschlands Geldverfassung im Spiegel der Reichsbank — Scheidemünze und Darlehnskassenscheine, wachsender Goldvorrat — Kreditansprüche der Privaten und des Reiches — Die Zeichnungsergebnisse der österreichisch-ungarischen Kriegsanleihen.

Die letzte Berichterstattung vor dem Centralausschuß der Reichsbank war wiederum eingehender gehalten, als es früher üblich war, und einige für unsere wirtschaftliche Gesamtentwicklung kennzeichnende Tatsachen verdienen daraus hervorgehoben zu werden.

Der Krieg begann bekanntlich mit einer argen Kleingeldnot: mit einer Festhaltung des Scheidemünz hartgeldes durch die ängstlich gewordenen Massen, so daß in Verbindung mit dem ungeheuren Kleinzahlungsbedarf der Militärverwaltung in den Grenzbezirken und selbst im Feindeslande die halb lächerlichen, halb ärgerlichen Umwechslungsschwierigkeiten der ersten Mobilmachungs- und Kriegszeit entstanden. Daß diese Periode nunmehr endgiltig abgeschlossen ist, beweist der langsame, aber ununterbrochene Rückfluß von Scheidemünzen aus dem Verkehr, für den sie offenbar wieder reichlich genügen, in die Reichsbank. Am 7. Oktober war der niedrigste Bestand hierfür mit 18,7 Millionen Mark ausgewiesen worden, am 23. November belief sich der Bestand schon wieder auf 45 Millionen Mark.

Die Nachfrage nach Zahlungsmitteln in kleinen Abschnitten ist allerdings zu einem beträchtlichen Teile gedeckt worden durch die früher unbekanntem Darlehnskassenscheine, also durch Zah-

Die Regelung der Lebensmittelversorgung ist durch eine Reihe von Maßnahmen verschiedenster Art eingeleitet worden. Das Gesetz über die Festsetzung von Höchstpreisen ermächtigt den Bundesrat, dem Kriegswucher auf diesem Gebiete nachdrücklich entgegenzutreten. Davon hat der Bundesrat Gebrauch gemacht durch Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide und Futtermitteln, sowie Kartoffeln und Kartoffelerzeugnisse, ferner für Petroleum. Die Kommandobehörden haben in zahlreichen Gebieten darüber hinaus die Kleinhandelspreise für wichtigere Lebensmittel und den Verkaufszwang festgesetzt. Durch Ausführverbote ist der Verringerung des verfügbaren Bestandes an Nahrungsmitteln vorgebeugt; in gleicher Richtung wirken die Einschränkung der Spirituuserzeugung, die Verordnungen über die Hinzusetzung von Roggenmehl zum Weißgebäck und von Kartoffelmehl zum Roggenbrot, sowie über Einschränkung des Weißgebäcks und das Verbot der Verfütterung von Speisekartoffeln. Der Schlachtviehverföhrung sind wertvolle Unterstützungen zuteil geworden, die einer Fleischnot im kommenden Frühjahr vorbeugen sollen. Zu alledem haben zahlreiche Gemeinden in großem Maßstabe Lebensmittelvorräte angekauft, um sie in Notfällen zu mäßigen Preisen an die Bewohner abzugeben. Einschneidendere Regelungen der Lebensmittelversorgung stehen in Aussicht als Folge der Vorrätefeststellungen auf den verschiedensten Gebieten.

So sieht es heute in mancherlei Hinsicht tröstlicher aus, als vor vier Monaten und sicherlich auch tröstlicher, als sich damals für den gegenwärtigen Zeitpunkt voraussehen ließ. Denn nur mit Schrecken und Bestürzung konnte man sich damals in die entferntesten Möglichkeiten eines Krieges von solchem Umfange hineinendenken. Diese Möglichkeiten sind nun zwar nicht ausgeblieben, aber das deutsche Volk ist mit geringen Ausnahmen davon verschont geblieben, während die Gebiete, in denen das Kriegsdrama sich abspielt, von ihrer ganzen zermalmenden Wucht getroffen sind. Aber eben deshalb, weil wir weniger unter dem Kriege leiden, als wir erwarten mußten, müssen wir denen, die von den Kriegsfolgen völlig niedergeschmettert am Boden liegen, unsere nächste Hilfe angeheißen lassen. Das gilt in erster Linie von den deutschen Reichsangehörigen, die von feindlichen Einfällen heimgesucht sind. Noch ist es verfrüht, in jenen Gebieten wieder aufzubauen, was der Krieg zerstört hat, denn die Einfälle des Feindes können sich täglich wiederholen, wie die Erfahrung gelehrt hat. Aber desto wirksamer müssen die aus ihren Heimstätten gedrängten Bewohner unterstützt werden und muß alles geschehen, um ihnen die Schrecken des Kampfes vergessen zu machen. Nicht minder muß aber auch in den während des Krieges okkupierten Gebieten nach Kräften dem Hunger und Elend gesteuert werden. Wir erkennen an, daß die deutsche Verwaltung in Belgien eifrig bemüht ist, das Erwerbsleben auf seinen normalen Standpunkt zurückzuführen und daß sie darin weit erfolgreicher wäre, wenn ihr nicht der Widerstand der außer Landes befindlichen belgischen Regierung und das Mißtrauen der von der letzteren aufgestachelten belgischen Bevölkerung entgegenständen. Wir erwarten, daß die deutsche Regierung trotz dieser Widerstände nichts verabsäumt, um dem unglücklichen belgischen Volke die Leiden des Krieges zu lindern.

Aber auch im Reiche gibt es trotz des hohen Barometerstandes der sozialen Fürsorge noch genug

der Not zu lindern. Die Fürsorge für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer ist wohl in großen Zügen geregelt worden, aber die Ausführung hat noch vielfach unter kleinlicher Sparsucht engherziger Bürokratie zu leiden, die die Bedürftigkeit möglichst schematisch festzustellen und die Familienunterstützung durch übelangebrachten Zwang zu landwirtschaftlicher Fronarbeit zu ersetzen sucht. Die Krankenfürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer ist ungeregelt geblieben und daraus erwächst manchem dieser unter so schwerem seelischen Drucke Dahinlebenden große Bedrängnis. Auch die Mietzinsverpflichtungen bereiten vielen dieser Familien schwere Sorgen, da erst nur ein kleiner Teil der Gemeinden sich bereit erklärt hat, die Ansprüche der Vermieter durch Abstandsunterstützungen endgültig abzulösen. Eine Regelung dieser Fragen durch bundesrätliche Verordnung oder im Wege der Gesetzgebung ist nicht länger zu umgehen.

Für die von Erwerbslosigkeit Betroffenen muß die Hilfe ebenfalls wirksamer gestaltet werden, als dies seither geschehen ist. So erfreulich der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist, so darf doch nicht vergessen werden, daß der Oktoberstand der letzteren noch immer nahezu viermal so hoch ist, als der Oktoberstand des Vorjahres, das schon das schlimmste Arbeitslosigkeitsjahr während des letzten Dezenniums war. Und im Winter nimmt die Arbeitslosigkeit erfahrungsgemäß bedrohlich zu. Die gewerkschaftliche Unterstützung verlagert hier auf die Dauer; sie muß durch öffentliche Unterstützung ergänzt und ersetzt werden. Die Reichsregierung hat sich bereit erklärt, 200 Millionen Mark für die verschiedenen Arten innerer Kriegsfürsorge bereitzustellen und es ist zu hoffen, daß ein wesentlicher Anteil dieses Betrages für Arbeitslosenunterstützung der Gemeinden aufgewendet wird. Aber dann muß der Bundesrat auch dafür Vorjorge treffen, daß der Zweck dieser Maßnahmen nicht durch das bureaukratische, fast an Gewerkschaftsfeindlichkeit streifende Verhalten mancher Gemeinden illusorisch gemacht wird. Typisch für letztere ist das Vorgehen der Gemeindeverwaltung von Berlin-Schöneberg, einer Stadt, die einst eine Vorkampfstellung in der Arbeitslosenfürsorge einnahm, aber diesen Ruhm seit der Einberufung ihres Oberbürgermeisters Dr. Dominikus zum Kriege eifrigst abgebaut hat. Sie mutet heute den Gewerkschaften zu, ihr einen ganz erheblichen Teil der Verwaltungsarbeit und der Verantwortung für die städtische Arbeitslosenunterstützung abzunehmen, und setzt danach die Bedürftigkeitsgrenze für die Gewährung städtischer Zuschüsse zur Gewerkschaftsunterstützung so willkürlich fest, daß diese Zuschüsse entweder gar nicht oder nur in ganz minimalen Beträgen gezahlt werden. Fast gewinnt es den Anschein, als sollte den Gewerkschaften das Zusammenwirken mit der Stadtgemeinde verleidet werden. Die Berliner Gewerkschaften waren denn auch gezwungen, auf das letztere zu verzichten, solange die Schöneberger Gemeindeverwaltung ihre Praxis nicht ändert. Der Bundesrat kann nicht allein den Gemeinden die Befolgung einheitlicher Grundsätze für die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung zur Pflicht machen, sondern er kann auch die Gewährung von Reichsmitteln von der strikten Befolgung seiner Anordnungen abhängig machen und sollte nicht zögern, dies zu tun.

Auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung hat der Krieg eine bedauerliche Lücke gerissen, die die

lungsversprechungen einer neben der Reichsbank selbständig wirkenden Bankorganisation, die ihre Deckung in verpfändeten, nur bis zu unbedingt sicherer Höhe beliehenen Wertpapieren und Waren findet. Der Verkehr bei den Darlehnskassen und damit die Ausgabe der Scheine hat sich aber bisher stets in engeren Grenzen gehalten als erwartet wurde. Der Bestand an Darlehen erreichte am 7. November, hauptsächlich wohl in Zusammenhang mit der Geldbeschaffung für die Einzahlungen auf die Reichsanleihe, mit 1120 Millionen Mark seinen bisherigen Höchstbetrag; er ist seither ständig zurückgegangen und betrug am 23. November nur noch 893,9 Millionen Mark. Die meisten Darlehnskassenscheine bleiben im Besitze der Reichsbank ruhen (am 23. November 595 Millionen Mark). In den freien Verkehr gebracht waren (am gleichen Stichtag) 298 Millionen Mark, und zwar entfielen

auf Abschnitte

zu	
5 Mk. . . .	162 Millionen Mark,
2 Mk. . . .	92 Millionen Mark,
1 Mk. . . .	44 Millionen Mark.

„Die am Anfange des Krieges hinsichtlich des Kleingeldes hervorgetretene Zahlungsmittelfriss“, führte der Vizepräsident des Reichsbankdirektoriums Dr. von Glasenapp aus, „darf hiernach als überwunden gelten.“ Für die neuerschaffenen Scheine besteht, nebenbei bemerkt, im Privatverkehr ein Annahmeweg nicht, aber „alle Reichskassen sowie alle öffentlichen Kassen in sämtlichen Bundesstaaten“ nehmen nach § 2 des Gesetzes vom 4. August 1914 die Scheine „nach ihrem vollen Nennwert in Zahlung“, sie sind also der Scheidemünze mit ihrer Metallgrundlage aus Silber, Nickel und Kupfer durchaus ebenbürtig.

Ein gutes Anzeichen für die vorherrschende ruhige Zuversicht der Bevölkerungsmehrheit bildet ferner die alles Erwarten übersteigende Zunahme des Goldvorrates der Reichsbank. „Jeder Wochenabschluß zeigte, daß das Publikum, nicht allein bei Gelegenheit der Kriegsanleiheinzahlungen, sondern auch sonst aus freien Stücken, dank der eifrigen Aufklärungsarbeit der Presse und dank reger privater Betätigung seine Goldvorräte gern an die Reichsbank abgibt. Die im Besitze der Bevölkerung befindliche reiche Goldreserve wurde so mehr und mehr zur Stärkung der Reichsbank herangezogen. Der Goldbestand der Reichsbank, der wenige Tage vor Kriegsausbruch, wie bekannt, 1253 Millionen Mark betrug, hat sich bis zum 23. November auf 1948,7 Millionen Mark, d. h. um 695,7 Millionen Mark gesteigert. Von dieser Steigerung entfallen auf die letztverflohenen vier Bankwochen allein 121 Millionen Mark.“ Die reine Golddeckung des Banknotenumlaufes hat sich deshalb, nach der ersten großen Anspannung des Krieges, zusehends wieder verbessert: zuletzt nochmals von 46,1 Proz. am 23. Oktober auf 48,6 Proz. am 23. November.

In der Gesamtanlage kommt der Krieg in eigenartiger Weise zum Ausdruck. Die aus dem privaten Kreditbedarf hervorgegangene Wechselanlage ist neuerdings stark zurückgegangen, zwischen 23. Oktober und 23. November nochmals um mehr als $\frac{1}{4}$ Milliarden Mark (am 23. November 1423, dagegen auf dem Höchststand vom 15. August 2980 Millionen Mark, also mehr als das Doppelte). Dagegen fällt der Kreditbedarf des Reiches, in Form von hereingegebenen Schatzanweisungen, um so stärker in das Gewicht; augenblicklich allerdings

unter der Wirkung der Anleiheinzahlungen, auch unter Bildung gegenüberstehender größerer Guthaben auf den öffentlichen Konten.

Befriedigend für Deutschland ist schließlich auch das überaus stattliche Zeichnungsergebnis für die Kriegsanleihen in dem verbündeten Oesterreich-Ungarn. Die beiden Anleihen, wie bei uns auf keinen bestimmten Betrag begrenzt, wurden mit insgesamt 2700 Millionen Kronen gezeichnet. Davon entfallen auf die 5½-prozentigen österreichischen Schatzscheine 1700 Millionen, auf die ungarische 3-prozentige Rente 1000 Millionen Kronen. Auch hier spiegeln die massenhaften kleinen Zeichnungen, „bis herab zu den Kunden der neuerschaffenen Rentensparkassa der Postsparkassa mit Beteiligungen von 25 bis 75 Kronen“ die allgemeine innere Anteilnahme und Opferwilligkeit wider, die heute für das „Durchhalten“ bei jedem Kriege die unentbehrliche Grundlage bildet.

Berlin, 1. Dezember 1914.

Max Schippel.

Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftsbeiträge an den Reichstag.

Eine Anzahl unserer Verbandsvorstände haben in Anbetracht der in ihren Industrien obwaltenden Verhältnisse Eingaben an den Reichstag gemacht, um diesen auf die Notwendigkeit der Bereitstellung von Reichsmitteln für die Gemeinden zur Unterstützung der Arbeitslosen aufmerksam zu machen.

Der Bauarbeiterverband verweist in seiner Eingabe darauf, daß Ende Oktober mehrere zehntausend Bauarbeiter, unter seinen Mitgliedern allein über 17 000, arbeitslos waren. Er erkennt an, daß manche Gemeinden bisher den Arbeitslosen geholfen haben, daß aber sehr viele Gemeinden auf diesem Gebiete der Kriegsfürsorge untätig waren und daß andere wiederum als richtig erkannten Maßnahmen aus Mangel an Mitteln nicht ausführen konnten.

Der Centralverein der Bildhauer erwähnt zunächst die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die der sog. „Zweckmäßigkeitstitel“ seit einem Jahrzehnt den Bildhauern gebracht. Eine Besserung war seit etwa zwei Jahren zu bemerken, der Krieg hat aber nun eine völlige Stodung im Gewerbe zur Folge gehabt. Obwohl 25,5 Proz. des Vereins zum Heeresdienst eingezogen sind und zirka 20 Proz. außerberufliche Arbeit gefunden haben, sind noch immer 43,9 Proz. arbeitslos. Eine Kriegsgemeinschaft der organisierten Arbeitgeber und Arbeiter des Gewerbes habe alles getan, um Arbeitsgelegenheit zu beschaffen, welche Tätigkeit aber u. a. dadurch erschwert wird, daß der dekorative Schmuck sehr oft aus Sparamkeitsgründen auf das äußerste eingeschränkt wird. Das ist sowohl bei öffentlichen als privaten Bauten der Fall.

Der Vorstand des Buchbinderverbandes schildert die Arbeitslosigkeit in seinem Verbandsgebiet und die großen Opfer, die der Verband für die Arbeitslosen gebracht hat. Er richtet an Bundesrat und Reichstag die Bitte, Mittel zur Verfügung zu stellen und die Gemeinden zu verpflichten, in ähnlicher Weise wie die Reichshauptstadt Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeitslosen zu ergreifen.

In gleicher Weise motiviert der Glasarbeiterverband seine Eingabe. Er muß aber auch die betrübende Feststellung machen, daß

in seinem Verbandsgebiet die Industriellen ihren Kampf gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter auch während des Krieges fortsetzen, wodurch die Selbsthilfe der Arbeiter durch ihre Gewerkschaft erschwert wird.

Die Eingabe des Verbandes der Lithographen und Steindrucker weist nach, wie durch die letzten Handelsverträge der Absatz nach dem Auslande, wo früher die deutsche lithographische Industrie fast eine Monopolstellung einnahm, immer mehr zurückgegangen ist. Dadurch hat der Verband enorme Opfer für seine Arbeitslosen bringen müssen und seit dem Kriegsbeginn stagniert das Gewerbe völlig.

Ueber eine enorme Arbeitslosigkeit berichtet auch der Porzellanarbeiterverband, der am 14. November neben 29,4 Proz. völlig erwerbslos und 6412 beschränkt beschäftigten nur 1722 vollbeschäftigte Mitglieder hatte.

Der Verband der Zivilmusiker verweist ebenfalls auf die große Arbeitslosigkeit seiner Mitglieder, die infolge des Verbots resp. der einschränkenden Vorschriften über öffentliche Tanz- usw. Lustbarkeiten, die neuerdings erlassen sind, im Steigen begriffen ist.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

An der Arbeitslosenstatistik des Bauarbeiterverbandes für den Monat September beteiligten sich 675 Zweigvereine mit 152 840 Mitgliedern. Am letzten Werktage des Monats waren 17 109 Mitglieder = 11,2 Proz. arbeitslos gegen 15,8 Proz. im August. Die einzelnen Berufe traf die Arbeitslosigkeit wie folgt: Es feierten von 4751 Stuckateuren 1310 = 28,7 Proz., von 93 181 Maurern 25 069 = 26,9 Proz., von 1095 Fliesenlegern 295 = 26,9 Proz., von 45 842 Hilfsarbeitern 9745 = 21,3 Proz., von 595 Isolierern 93 = 15,6 Prozent, von 2824 Betonarbeitern 423 = 15,0 Proz., von 4732 Erdarbeitern 620 = 13,1 Proz. Stuckateure, Maurer und Fliesenleger hatten somit die größte Arbeitslosigkeit, die Erdarbeiter die wenigste; mit den Betonarbeitern, Isolierern und Hilfsarbeitern stand die Arbeitslosigkeit in diesen vier Berufen unter dem Reichsdurchschnitt.

Der Vorstand des Vergarbeiterverbandes hat unter dem 12. November 1914 eine Eingabe an das Ministerium des Innern gerichtet, die das Gesuch des Braunkohlenindustrievereins in Halle a. S. um Aufhebung des Verbots der Beschäftigung russisch-polnischer Arbeiter in der Industrie jenes Bezirks während der Dauer des Krieges bekämpft. In der Eingabe wird nachgewiesen, daß die Braunkohlenwerke im letzten Jahrzehnt sehr gute Ueberschüsse erzielt haben, so daß Dividenden von 10—12 Proz. und mehr die Regel bilden. Dagegen seien die Löhne zurückgeblieben und die Arbeitszeit trotzdem sehr lang. Das Gesuch der Braunkohlenunternehmer bezweckt nur die Aufrechterhaltung dieser Zustände. Im Bezirk arbeitslose Vergarbeiter werden sogar nicht eingestellt, weil sie organisiert sind und in ihren Gewerkschaften Vertrauensämter bekleidet haben.

Wir möchten diese Eingabe dringend unterstützen. Während sonst in fast allen Gewerben und Industriezweigen der Kriegszustand dazu geführt hat, daß eine Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern erzielt wurde und viele Unternehmerorganisationen, wir stellen das gerne fest, ihre Mit-

glieder angewiesen haben, den Burgfrieden auch auf das Verhältnis zu ihren Arbeitern auszuweihen, ist im Vergabe davon wenig zu merken. Vielmehr haben die bergbaulichen Unternehmer mit wenigen Ausnahmen ihren alten provisorischen Standpunkt gegenüber den Arbeitern beibehalten. In den Lausitzer Werken sind vielfach Lohnkürzungen vorgenommen worden. Wir hegen die feste Ueberzeugung, daß die preußische Regierung Unternehmern, die in dieser schweren Zeit nur ihre eigenen Profitinteressen im Auge haben, nicht Beihilfe leisten wird.

Die Arbeitslosigkeit im Buchbinderverbande ist in der Woche zum 21. November von 5489 auf 4805 arbeitslose Mitglieder zurückgegangen. Der Rückgang beträgt 684. Zum Militärdienst sind insgesamt 4012 Mitglieder eingezogen.

Die statistische Erhebung des Buchdruckerverbandes am 31. Oktober hatte im Verhältnis zum Stande am 12. September folgendes Ergebnis:

	31. Oktober	12. Septemb.
	In Proz.	In Proz.
Von der Statistik erfasst	52 015	52 684
Davon:		
Arbeitslos	11 699 22,5	18 517 35,2
Vollbeschäftigt	29 150 56,0	20 907 39,7
Sehthen aus	7 994 15,4	11 657 22,1
Krank	1 102 2,1	1 603 3,0
In andern Berufen tätig	2 070 4,0	—

An Arbeitslosenunterstützung zahlte die Verbandskasse in der Zeit vom 27. September bis zum 31. Oktober 533 391 Mk. für 360 066 Unterstützungstage.

Im Fabrikarbeiterverbande kamen am 15. November (nach dem Mitgliederbestand vom 1. August) auf je 100 Mitglieder 4,3 arbeitslose und 28,7 zum Kriegsdienst eingezogene Mitglieder. Von den am 15. November berichtenden 122 335 Mitgliedern waren 6,2 Proz. arbeitslos gegen 6,3 Proz. in der Vorwoche.

Die Statistik des Holzarbeiterverbandes für die 15. Kriegswoche (9. bis 14. November) erstreckte sich auf 714 Zahlstellen mit 161 853 Mitgliedern. Von diesen waren 45 752 = 28,3 Proz. eingezogen, 25 310 = 15,6 Proz. arbeitslos, 3613 = 2,2 Proz. krank und 87 178 = 53,9 Proz. standen in Arbeit, darunter 38 964 mit voller Arbeitszeit. Für Arbeitslosenunterstützung wurden im Monat Oktober 547 156 Mk. und für Reiseunterstützung 4010 Mark verausgabt.

Vorstand und Ausschuß des Lederarbeiterverbandes haben beschlossen, das seit dem 17. August außer Kraft gesetzte Sterbegeld zur Auszahlung zu bringen. Die Sätze sind jedoch auf die Hälfte gekürzt; in den Sterbefällen, in denen eine Notstandsunterstützung vorher gewährt wurde, kommt nur die Differenz zwischen dieser und dem halben Betrage des statutarischen Sterbegeldes zur Auszahlung.

Der Metallarbeiterverband hatte am 7. November in den 432 berichtenden Verwaltungsstellen 345 348 Mitglieder, von denen 24 154 = 7,0 Proz. (in der Vorwoche 7,9 Proz.) arbeitslos waren. Für Arbeitslosenunterstützung wurden in der Berichtswoche 137 164 Mk. verausgabt, gegen 179 876 Mk. in der Vorwoche. — Die Zahl der zum Kriegsdienst einberufenen Mitglieder betrug insgesamt 175 012.

Die Verwaltungsstelle Berlin des Metallarbeiterverbandes hielt am 26. November eine Versammlung ihrer Vertrauenspersonen (der erweiterten Verwaltung) ab, in der der Vorsitzende des dänischen Maschinenbauerverbandes, Genosse J. A. Hansen-Kopenhagen, ein sehr instruktives Referat über die Lage der dänischen Metallarbeiter während des Krieges hielt. Hansen schilderte zunächst die Wirkungen des Weltkrieges auf das Erwerbsleben des neutralen Dänemark und gab sodann einen Ueberblick über die von Regierung und Parlament ergriffenen sozialen Maßnahmen, die wir bereits früher im „Corr.-Bl.“ geschildert haben. Bei den dänischen Metallarbeitern ist die Arbeitslosigkeit zurzeit relativ gering. Nach ihm sprach Alexander Schlöde über das internationale Zusammenwirken der Gewerkschaften. In vorzüglicher Weise spöttelte Schlöde über die Unkenrufe, wonach die Internationale „zerschmettert am Boden liegt“. Unseren gewerkschaftlichen Organisationen braucht wegen des späteren internationalen Zusammenwirkens nicht bange zu sein, weil wie bisher unsere Gegner durch Ausspielen der Arbeiter verschiedener Länder gegeneinander uns dem Weg weisen werden. Unter großem wiederholtem Beifall der Zuhörer setzte Schlöde sodann auseinander, daß die Vorwürfe, die den deutschen Arbeitern im Auslande gemacht werden, uns ganz kalt lassen. „Die Verpflichtung, unsere Interessen gegen den Gegner im eigenen Lande zu verteidigen, enthebt uns nicht der Verpflichtung, das gleiche gegen Angriffe von außen zu tun. . . . Ist der Kampf um die Erhaltung unserer Nationalität etwas anderes als der der anderen Mitglieder unserer Internationale? Gern gebe ich zu, daß leider der Kampf um die Nationalität in den aufgeregten Zeiten nicht freizuhalten war von einem gewissen Chauvinismus der Klaffhäuser. Solche Verirrungen bedeuten aber keine Gefahr für den Gedanken selbst, sondern sind höchstens ein Gradmesser für den Erfolg unserer Aufklärungsbestrebungen. Im allgemeinen darf die deutsche Arbeiterschaft von sich ohne Uebertreibung behaupten, daß sie jenem Chauvinismus fernsteht, auch dann, wenn es ihr nicht gelungen ist, alle Köpfe mit genügender Klarheit zu versehen. Geschieht das aber nur bei uns? Sind nur wir die Sünder gegen unsere Grundsätze? Wir, die wir den Internationalismus stets vorangestellt, die wir kraft unserer sogenannten germanischen Eigenschaft, der Gastfreundschaft, unsere eigenen Vorzüge gegenüber anderen stets zurückgestellt haben, wir, die wir überall in selbstloser Weise Kämpfe anderer Arbeitsbrüder unterstützt haben, die wir den Gedanken der Organisation modernisiert haben, wir sollen die Internationale zerschmettern haben? Wer mehr getan zur Pflege der internationalen Solidarität, wer weniger veräuert an ihrer Pflege, der werfe den ersten Stein! (Beifall.) Den Vorwurf mag man uns machen, unsere Bescheidenheit, die uns bisher uns selbst verleugnen ließ, reicht nicht hin, uns als überführt zu betrachten. Recht wenig Ursache haben wir, uns als überführt zu betrachten, solange noch Anhänger unserer Internationale Gedanken nachhängen, die weit entfernt, der Verbrüderung zu dienen, uns ausschalten wollen. Zweifelnd stehen wir vor ihnen, wenn wir vernehmen, daß ein langjähriger Freund jenseits des Kanals seinen Kollegen zuruft: „Zur Ueberwindung der Deutschen auf wirtschaftlichem Gebiet müssen wir mithelfen“ usw. und wenn wir diesen Worten entgegenstellen unsere internatio-

nenalen Solidaritätsbezeugungen, unsere praktische Betätigung auf internationalem Gebiet. „Ueberwindung der Deutschen auf wirtschaftlichem Gebiet“ trifft auch die Arbeiter, trifft uns selbst. Bisher und auch fernerhin dürfen die deutschen Arbeiter für sich in Anspruch nehmen, mitgewirkt zu haben an der wirtschaftlichen Erschließung ihres Landes, an der Einschaltung Deutschlands in die Reihe der modernen Mächte auf wirtschaftlichem Gebiete. Die Deutschen auf wirtschaftlichem Gebiete überwinden heißt unsere Arbeit vernichten, uns dagegen wenden ist unsere heiligste Pflicht. Die deutschen Arbeiter haben den Krieg so wenig gemacht, so wenig gewollt wie die Arbeiter jeder anderen Nation. Wir haben ihn ebensowenig verhindern können wie die anderen, die uns heute Vorwürfe machen. Den Gedanken, die Internationale aus Deutschland aus Anlaß des Krieges zu verlegen, weisen wir zurück, erklären uns aber bereit abzutreten, wenn man uns nachweist, daß wir in der Aufrechterhaltung unserer Nationalität die allgemeine Arbeiterverbrüderung gehindert haben.

In dieser Auffassung der durch den Krieg geschaffenen Lage glaube ich einig zu gehen mit der wirklich zielbewußten Arbeiterschaft der Welt und darum ist mir, mag der Krieg ausgehen wie er will, um die Zukunft nicht bange. Aber auch darüber will ich keinen Zweifel lassen, auch mein sehnlichster Wunsch ist, daß wir uns in dem unglückseligen Kriege behaupten im Interesse des Wohles der gesamten Arbeiterschaft.“

Der Vorstand des Schneiderverbandes hat beschlossen, auch im Dezember an die arbeitslosen Mitglieder und die Familien der zum Kriegsdienst Eingezogenen eine Unterstützung für die Dauer von drei Wochen auszusenden. Den Familienangehörigen solcher eingezogenen Mitglieder, die dem Verbands noch keine 52 Wochen angehören, kann zu Weihnachten eine einmalige Unterstützung von 6 Mk. gewährt werden; arbeitslosen männlichen Mitgliedern, die dem Verbands noch nicht 52 Wochen angehören, kann eine einmalige Unterstützung von 8 Mk. gezahlt werden, ledigen 6 Mk. und weiblichen 4 Mk.

Infolge der schlechten Verdienstverhältnisse der in Arbeit stehenden Mitglieder des Tabakarbeiterverbandes sehen sich Vorstand und Ausschuß genötigt, die ausgeschriebenen Extrabeiträge nur bis zum Sonnabend, den 12. Dezember, zu erheben. Von da an sind nur die statutarischen Beiträge zu zahlen.

Der Löfferverband zählte am 21. November in 189 Zahlstellen 911 (Vorwoche 923) arbeitslose Mitglieder. Eine Anzahl der Filialen hatte wieder nicht berichtet.

Vorstand und Ausschuß des Zimmererverbandes haben beschlossen, den Familien der einberufenen Mitglieder zu Weihnachten eine Unterstützung in der gleichen Höhe zu gewähren, wie sie im Oktober gezahlt wurde (6, 7 und 8 Mk.). Die Unterstützung wird an alle Familien gezahlt, deren Ernährer bis zum 31. Dezember eingezogen ist resp. wird. Die am 28. September eingeführte Unterstützung der ausgesteuerten arbeitslosen Mitglieder wird von 4 auf 8 Wochen verlängert. Bedingung ist in beiden Fällen, daß die betreffenden Mitglieder mindestens 60 Wochenbeiträge geleistet haben. Die Reiseunterstützung wird der gefürzten Arbeitslosenunterstützung angepaßt. Diese außerordentlichen Leistungen glaubte der Vorstand deshalb beschließen zu können, weil die Arbeits-

losigkeit nicht in dem Maße zugenommen hat, wie zuerst befürchtet wurde. Die vielen Baracken-, Lazarett- und Fortifikationsbauten, die seit dem 1. September in Angriff genommen wurden, haben die Verbandsausgaben für Arbeitslosenunterstützung entlastet.

Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1913.

Mitten in der Kriegszeit ist kürzlich der Jahresbericht des Schweizer. Gewerkschaftsbundes erschienen, der von weiterer Entwicklung und schönen Erfolgen berichtet, aber unter den obwaltenden Umständen in der Presse nicht die gebührende Würdigung gefunden hat.

Die dem Gewerkschaftsbund angehörigen 21 Verbände haben im Berichtsjahre gegenüber 1912 folgende Entwicklung genommen:

Verbände	1913			1912		
	Männlich	Weiblich	Zusammen	Männlich	Weiblich	Zusammen
Bauarbeiter	1 692	—	1 692	942	—	942
Buchbinder	840	182	1 022	741	328	1 069
Coiffeurgehilfen	141	—	141	129	2	131
Gemeinde- und Staatsarbeiter	2 634	—	2 634	2 992	—	2 992
Handels- und Transportarbeiter	1 093	152	1 245	1 650	110	1 760
Holzarbeiter	7 365	6	7 371	7 867	3	7 870
Putzarbeiter	242	34	276	255	10	265
Lebens- u. Genussmittelarbeiter	4 248	1 093	5 341	3 961	854	4 815
Lederarbeiter	1 067	121	1 208	1 126	140	1 266
Lithographen	984	—	984	932	—	933
Lokomotivpersonal	2 501	—	2 501	2 301	—	2 301
Maler und Gipser	2 551	—	2 551	2 961	—	2 961
Metallarbeiter	16 425	70	16 495	15 178	60	15 238
Papier- u. Hülsenarbeiter im graph. Gewerbe	876	364	1 240	786	333	1 099
Schneider und Schneiderinnen	1 846	174	2 020	1 776	236	2 002
Stein- und Tonarbeiter	1 065	13	1 078	1 332	29	1 411
Textilarbeiter	3 606	1 950	5 556	3 740	2 223	5 963
Transportanstalten	14 696	—	14 696	13 918	—	13 918
Typographen	3 919	—	3 919	3 737	—	3 737
Uhrenarbeiter	11 445	4533	15 978	10 350	4168	14 518
Zimmerleute	1 450	—	1 450	1 722	—	1 722
Total	80 706	8692	89 398	77 826	8487	86 313

Die Gesamtzahl der Mitglieder der 21 Verbände ist um 3100 oder 3,5 Proz. gestiegen, woran beide Geschlechter ihren Anteil haben, das weibliche freilich nur in bescheidenem Maße, so daß der Hauptanteil der Mitgliederzunahme auf das männliche Geschlecht entfällt. 8 von den 21 Verbänden hatten eine Mitgliederabnahme, so daß nur 13 an dem Wachstum beteiligt sind. Der Mitgliederabgang ist meistens von der Wirtschaftskrise verschuldet worden, namentlich in jenen Verbänden, die von dem Daniederliegen der Baugewerbe in empfindliche Mitteilenschaft gezogen wurde. Die Mitgliederzunahme des Bauarbeiterverbandes bildet daher einen Ausnahmefall. Die drei größten Verbände der Metall- und Uhrenarbeiter sowie der Arbeiter der Transportanstalten erfuhren eine erfreuliche Zunahme.

Außerhalb des Gewerkschaftsbundes stehen noch immer die 6 Verbände der Buchdrucker in der romanischen Schweiz, der ostschweizerischen Zeichner, der Militärschneider, der Feizer und Maschinisten, des Zugspersonalvereins und der Gastwirtsgehilfen mit zusammen 8700 Mitgliedern. Es wird auf deren Anschluß an den Gewerkschaftsbund hingewirkt.

Die 21 Verbände hatten zusammen 2 238 407 Franken (1912: 2 049 071 Franken) Einnahmen und 1 825 281 Franken (1 614 899 Franken) Ausgaben; über die Vermögensverhältnisse der Verbände werden keine Angaben gemacht. Von den letzteren entfallen allein 885 725 Franken auf Unterstützungen und zwar 188 497 Franken auf Arbeitslosenunterstützung, 51 093 Franken auf Reiseunterstützung, 12 158 Franken auf Umzugsunterstützung, 475 404 Franken Krankenunterstützung, 121 927 Franken Invaliden- und Sterbegeld, 10 799 Franken Notfallunterstützung, 11 094 Franken Gemahregeltenunterstützung und 14 753 Franken Rechtsschutz.

Die Streiks, Aussperrungen und Lohnbewegungen kosteten 297 378 Franken. Es kamen insgesamt 359 Bewegungen mit 30 665 beteiligten Arbeitern vor, wovon nur 57 Streiks mit 5707 beteiligten Arbeitern und 7 Aussperrungen mit 273 Beteiligten waren. Errungen wurden 539 340 Stunden Arbeitszeitverkürzung, 1 404 468 Franken Lohnerhöhungen pro Jahr, ferner für 4248 Arbeiter Lohnzuschläge für Ueberstunden, für 1540 Arbeiter in 40 Betrieben Ferien und endlich für 679 Arbeiter Verbesserung hygienischer Einrichtungen in Werkstätten usw.

Erwähnen wir noch, daß die Verbände 133 320 Franken für ihre Gewerkschaftsblätter und 84 718 Franken für Agitations-, Organisations- und anderweitige Bildungsarbeit, also für die geistige Hebung ihrer Mitglieder ausgegeben haben, so dürfen sich die schweizerischen Gewerkschaften mit ihren Leistungen im Jahre 1913 in den Reihen der gewerkschaftlichen Internationale sehen lassen.

Das leitende Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes hatte 28 237,59 Franken Einnahmen, 27 803,27 Franken Ausgaben und am Ende des Berichtsjahres einen Vermögensbestand von 8019,88 Franken.

Das Bundeskomitee fordert im Berichte die Gewerkschaften auf, alle Nachteile, die der Krieg in Gestalt von Arbeitslosigkeit, Lohnreduktionen, Vertragsverletzungen usw. für die Arbeiter im Gefolge hat, genau festzustellen, um nach dem Kriege bezüglich Agitationsmaterial für die Wiederaufrichtung der geschädigten Gewerkschaften zur Verfügung zu haben.

Aus Unternehmerkreisen.

Unternehmer und Handlungsgehilfen während der Kriegszeit.

Da das Handelsgesetzbuch für den Arbeitsvertrag der Handlungsgehilfen längere Kündigungsfristen vorschreibt, schienen die kaufmännischen Angestellten am besten gegen die wirtschaftlichen Folgen des Krieges gesichert zu sein. Die Kaufmannsgerichte haben auch im allgemeinen entschieden, daß die Geschäftsinhaber verpflichtet seien, ihre Leistungen den Angestellten gegenüber während des Krieges bis zum Ablaufe der Kündigungsfrist zu erfüllen. Das Handelsgesetzbuch schreibt eine Kündigungsfrist von sechs Wochen zum Vierteljahreschluß vor und läßt als Mindestkündigungsfrist eine monatliche zu, die zum Monatsletzen zu erfolgen hat. Da die Mobilmachung erst am Abend des 1. August bekannt wurde, wären sonach die Handlungsgehilfen vor den wirtschaftlichen Kriegsfolgen bis Ende September gesichert gewesen.

Tatsächlich aber entwickelten sich die Verhältnisse ganz anders. Nach der Mobilmachung gaben zahlreiche Unternehmerorganisationen des Handels-